

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages,

gemäß dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU soll es eine Evaluation der umstrittenen Pflegekammer geben. Im Koalitionsvertrag steht dazu: "*Zur Hälfte der Legislaturperiode evaluieren wir die Wirkungen und die Organisation der Pflegekammer.*" Während seit den ersten heftigen Protesten gegen die Errichtung der Pflegekammer die Politik landauf und landab den Pflegekräften unter Verweis auf den Koalitionsvertrag eine ergebnisoffene Prüfung der gesamten Existenz der Kammer im Rahmen dieser Evaluation versprochen, hat das zuständige Ministerium den Auftrag von Anfang an völlig anders - nämlich sehr eingeschränkt - ausgelegt. Angeblich bedeute der Koalitionsauftrag nur eine reine Organisationsüberprüfung zur Verbesserung von Abläufen und Wirkungen. Eine grundsätzliche Überprüfung, so wie seitens der Politik dargestellt und versprochen wurde, hat das Ministerium nie vorgesehen. Nachdem der öffentliche und politische Druck mit den Protesten enorm zugenommen hatte, gab es im Februar 2020 ein klares Signal aus dem Landtag, dass nun die Pflegekräfte im Rahmen einer Vollbefragung über die Zukunft der Kammer entscheiden sollen. Ministerin Reimann sagte: "*Es gibt also eine klare und eindeutige Frage, ob es die Kammer weiter geben soll*". Diese "klare und eindeutige Frage" sollte im Rahmen der bereits geplanten Evaluation gestellt werden.

Nun aber wird deutlich, dass das Ministerium die klare Befragung hintertreibt. Schon die Verschiebung der Befragung wurde am Beirat, der für die Begleitung der Evaluation eingerichtet wurde, vorbei entschieden. Gleiches gilt nun für die Formulierung der Frage und das Design der Befragung (u.a. die wichtige Entscheidung, wo die "politische Frage" nach der Zukunft der Pflegekammer platziert wird). Das Ministerium hat alles an sich gerissen und im Alleingang ohne den Beirat entschieden. Herausgekommen ist nun, dass es statt der klaren Frage nach der Zukunft der Pflegekammer nur eine Frage danach gibt, ob die Pflegekräfte "eine kostenfreie Kammer" wollen. Die von der Politik versprochene "klare und eindeutige Frage, ob es die Kammer weiter geben soll" ist also tatsächlich nicht vorgesehen. Dass die Frage nach einer beitragsfreien Kammer gleichbedeutend sein soll mit der grundsätzlichen Frage nach der Zukunft der Kammer, ist für die Teilnehmer*innen der Befragung nicht zu erkennen und wird auch bei der Auswertung wieder zu Streit in der Bewertung führen. Zudem soll diese Frage ganz am Ende der Befragung platziert werden. Teilnehmer*innen müssen sich also zunächst durch 40 Fragen arbeiten, die sich mit der Zukunft und Organisation einer Kammer beschäftigen, die sehr viele nicht wollen und für deren organisatorische Zukunft sich viele nicht interessieren. Eine solche Vorgehensweise - die unklare Fragestellung und eine Platzierung am Ende eines langen Fragebogens - ist schlicht manipulativ. Ganz offensichtlich setzt das Ministerium darauf, dass viele Pflegekräfte, die die Pflegekammer ablehnen, aus der Befragung frustriert aussteigen, bevor die entscheidende Frage, die weder die versprochene Klarheit beinhaltet noch vor der ersten Frage angekündigt wird, erreicht wird.

WIR APPELLIEREN AN SIE: Retten Sie die Vollbefragung! Sorgen Sie dafür, dass - wie in Schleswig-Holstein - wirklich eine klare und eindeutige Frage nach der Zukunft der Kammer gestellt wird. -"Wollen Sie eine Pflegekammer mit Pflichtmitgliedschaft?- Ja oder Nein". Sorgen Sie dafür, dass diese Frage am Beginn der Befragung steht und ausdrücklich auch die Beantwortung nur dieser einen Frage möglich ist! Alles andere führt zu einem Bruch des Versprechens, dass die Politik den Pflegekräften gegeben hat; nämlich, dass die Pflegekräfte jetzt selber entscheiden können. Es ist mehr als offensichtlich, dass das Ministerium die Einlösung dieses Versprechens hintertreibt. DIE PFLEGE BRAUCHT IHRE UNTERSTÜTZUNG ZUR DURCHSETZUNG EINER WIRKLICHEN VOLLBEFRAGUNG.

Mit freundlichen Grüßen